

Dr. Hermann E. Ott
MdB Sprecher für Klimapolitik

H. Ott



NEWSLETTER April 2012

1. Einladung zum KlimaKaffeeklatsch am 04.05.
2. Termine in NRW
3. Persönliche Erklärung zu den Sanktionen bei Hartz IV-EmpfängerInnen
4. Veranstaltungsvorankündigung: 21. Juni 2012: RIO 20 +

Liebe Freundinnen, liebeFreunde in Wuppertal und anderswo!

Der Wahlkampf in NRW geht in die heiße Phase!

Leider sind in Berlin zur Zeit jede Menge Sitzungswochen ... Ihr könnt Euch vorstellen, wie schwer es uns NRW-Abgeordneten fällt, nicht bei Euch vor Ort zu sein!

Nächste Woche kann ich aber endlich wieder dabei sein. Diese Wahl ist so wichtig für uns, denn sie ermöglicht (hoffentlich!) nicht nur eine vernünftige Politik für NRW. Hier werden auch bundespolitische Weichen für rot-grün im nächsten Jahr gestellt. Lasst uns also um jede Stimme kämpfen! Unvorstellbar, wenn wir miterleben müssten, wie schwarz-gelb das Land wieder herunter wirtschaftet!

Am 04.05. veranstalten wir GRÜNEN in Wuppertal einen KLIMA-KAFFEE-KLATSCH von 16 bis 18 Uhr.

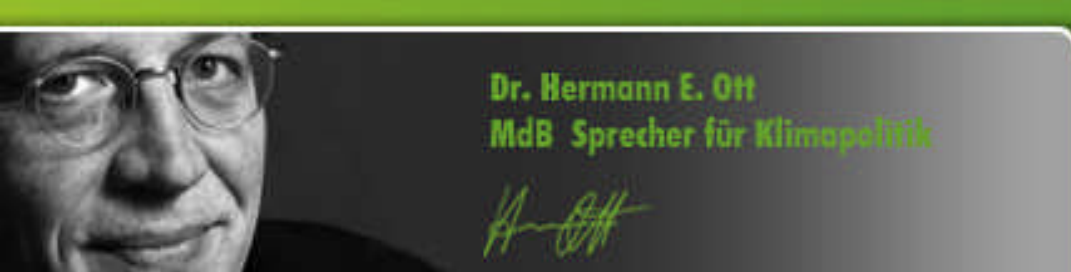
Ihr seid herzlich eingeladen zum Wahlkampf und mehr!

Bei Kaffee und Kuchen (natürlich fair + bio!) wollen wir mit Interessierten über **Klimaschutz, Energiewende und Bürgerbeteiligung** reden. Gemeinsam mit den Direktkandidatinnen Janine Bruchmann und Nadja Shafik, sowie den beiden Stadtverordneten Bettina Brücher und Klaus Lüdemann lade ich ins GRÜNE Büro in der Friedrich-Ebert-Str. 76 ein.



weitere Termine in NRW:

- 02.05. Remscheid
- 03.05. Dorsten
Castrop-Rauxel
- 04.05. Kleve/Geldern
- 05.05. Wuppertal
Bielefeld



Dr. Hermann E. Ott
MdB Sprecher für Klimapolitik



Am 26. April hat der Bundestag einen Antrag von DIE LINKE beraten und abgestimmt. DIE LINKE wollte u.a. erreichen, dass die Bezüge von Hartz IV EmpfängerInnen auch dann nicht gekürzt werden dürfen, wenn sie Auflagen nicht erfüllen. Wir Grüne im Bundestag haben uns enthalten und ich habe gemeinsam mit anderen GRÜNEN Abgeordneten dazu eine Persönliche Erklärung abgegeben:

Persönliche Erklärung gemäß § 31 GO-BT zur Abstimmung im Deutschen Bundestag über den Antrag „Sanktionen im zweiten Sozialgesetzbuch und Leistungseinschränkungen im Zwölften Buch Sozialgesetzbuch abschaffen“ der Fraktion DIE LINKE (BT-Drucksache 17/5174)

von Wolfgang Strengmann-Kuhn, Beate Müller-Gemmeke, Memet Kilic, Lisa Paus, Hermann Ott, Monika Lazar, Uwe Kekeritz, Katja Dörner, Sylvia Kotting-Uhl, Dorothea Steiner und Agnes Krumwiede

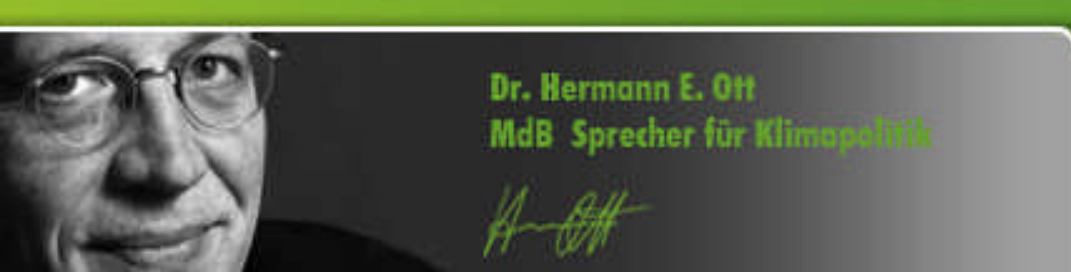
Gegenwärtig setzt die Arbeitsmarktpolitik vor allem auf Sanktionen, nicht auf Angebote, um „Gegenleistungen“ der Transfer-EmpfängerInnen zu erreichen. Das ist falsch. Der Grundbedarf, der für eine Teilhabe an der Gesellschaft notwendig ist, muss jeder Zeit gewährleistet sein und darf nicht durch Sanktionen angetastet werden. Die Frage nach der Gegenleistung wird nicht durch Zwang, sondern vor allem durch faire Spielregeln und positive Anreize beantwortet.

Die Erwartung einer „Gegenleistung“ darf nicht zum Ausgangspunkt werden für bürokratische Zumutungen, bei denen am Ende die Würde der Betroffenen auf der Strecke bleibt. Stattdessen müssen zwingend die Fähigkeiten, Vorstellungen und Wünsche der Hilfebedürftigen berücksichtigt werden. Es muss ein Wunsch- und Wahlrecht geben, das Recht jeder und jedes Einzelnen, selbst vorzuschlagen, wie sie am besten zum Nutzen der Gesellschaft beitragen können und wollen. Eigeninitiative soll gefördert werden, wobei Engagement bei der Jobsuche, Existenzgründung, Aus- und Weiterbildung, Familienarbeit, Pflege und Ehrenamt berücksichtigt werden sollen. Eine angemessene, auch monetäre Anerkennung und Würdigung von Ehrenamt, bürger-schaftlichem Engagement bzw. gemeinwohlorientierter Arbeit darf nicht einher gehen mit Kürzungen der Sozialleistungen.

Wir sind deshalb für die Abschaffung der Sanktionen im SGB II und treten zudem für Reformen der sozialen Sicherung in Richtung eines Bedingungslosen Grundeinkommens ein.

Einfach nur die Sanktionen bei Hartz IV abzuschaffen, wie das die Fraktion DIE LINKE in ihrem Antrag fordert, ist zu einfach und geht uns nicht weit genug. Deshalb und weil wir einen eigenen besseren Antrag gestellt haben, enthalten wir uns bei dem Antrag der Linken.

In unserem Antrag (Bundestagsdrucksache 17/3207) fordern wir, dass es bei der Grundsicherung keine Kürzungen unter den Bedarf, der für eine Teilhabe an der Gesellschaft notwendig ist, geben darf, konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Rechte von Arbeitslosen und die Aussetzung aller Sanktionen (Sanktionsmoratorium), bis die Rechte der Arbeitssuchenden gestärkt worden sind.



Dr. Hermann E. Ott
MdB Sprecher für Klimapolitik



RIO 20 + - Veranstaltung am 21. Juni 2012 im GRÜNEN Büro, Fr.-Ebert-Str. 76, 42103 Wuppertal

Vom 20.-22. Juni findet in Rio de Janeiro die UN-Konferenz für Nachhaltige Entwicklung statt.

20 Jahre nach der ersten Konferenz 1992. Weltweit gründeten sich damals im Anschluss unter anderem sog. Agenda 21 Gruppen, um vor Ort die Möglichkeiten einer Nachhaltigen Entwicklung auszuloten und entsprechende Lösungen und Konzepte umzusetzen.

Am 12. Mai werden wir als GRÜNE Bundestagsfraktion in Berlin einen Kongress veranstalten. Wir wollen nicht nur bilanzieren, sondern greifbare, zukunftsfähige Lösungen anbieten.

Es geht um die Politikbereiche Umwelt, Klima, Biodiversität, Welternährung und Entwicklungszusammenarbeit, aber auch um Infrastruktur, Bildung, Gesundheit, Soziales bis hin zur Haushalts- und Finanzmarktpolitik – oder kurz: es geht um GREEN ECONOMY! Ich selber werde einen Workshop anbieten mit dem Titel: „Klimaschutz – ist die in Rio geschaffene Architektur Teil der Lösung oder Teil des Problems?“

Am 21. Juni werden wir in Wuppertal zeitgleich mit den Experten auf der Konferenz in Rio den Geist und die Visionen der Konferenz über den Atlantik nach Wuppertal holen!

Jetzt also die besten Wünsche für den Wahlkampf an unsere KandidatInnen – keine Energiewende in NRW und anderswo ohne uns!

Es grüßt Euch herzlich

Euer Hermann